

**1. Sollte die Schuldenbremse auf Bundesebene so reformiert werden, dass ausreichend Investitionen in Klimaschutz und -anpassung und die öffentliche Infrastruktur möglich werden?**

Für uns Freie Demokraten ist die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn Schulden belasten den Staatshaushalt dauerhaft mit Zinskosten in Milliardenhöhe. Dies engt den finanziellen Handlungsspielräume kommender Generationen ein. Die Politik muss deshalb dafür Sorge tragen, dass die verfügbaren Mittel effizient und zielgerichtet in prioritäre Bereiche wie Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur investiert werden. Angesichts eines steigenden Investitionsbedarfs brauchen wir eine nachhaltige Lösung im Rahmen der Schuldenbremse für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland.

**2. Soll das Bundesklimaschutzgesetz wieder gestärkt und die Treibhausgasminderungsziele (2030: - 65%, 2040: - 88%, 2045: Klimaneutralität) mindestens gehalten oder erhöht werden?**

Ein deutscher Sonderweg ist zur Erfüllung unserer nationalen EU-Klimaschutzverpflichtungen nicht nötig. Deutschlands Beitrag zur EU-Lastenteilung ist in einer EU-Verordnung rechtsverbindlich geregelt und erlaubt Deutschland seinen fairen Beitrag zur Klimaneutralität Europas bis 2050 flexibel zu leisten. Daher lehnen wir Freien Demokraten eine Verschärfung der deutschen Klimaschutzziele ab. Stattdessen wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Denn Klimaschutz kann nur global gelingen.

**3. Soll der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Ausbau der Wind- und Solarenergie, gegenüber den gesetzlich verankerten Zielen verlangsamt, gehalten oder erhöht werden?**

Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien lehnen wir ebenso ab wie staatlich garantierte Abnahmepreise. Eine Vergütung am Markt gewährleistet, dass Photovoltaik- und Windkraftanlagen nur gebaut werden, wenn ausreichend Netze und Speicher vorhanden sind, um die Nutzung des produzierten Stroms sicherzustellen. Ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis, der perspektivisch die Strom- und Energiesteuer ersetzen soll, wird CO<sub>2</sub>-intensive Energie weiter unattraktiv machen und zu einem nachfragegetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien führen.

**4. Sollte die deutsche Industrie weiterhin auch mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, ihre Prozesse klimaneutral umzubauen, beispielsweise über Klimaschutzverträge?**

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Die größten Innovationen entstehen durch die besten Rahmenbedingungen für die Betriebe. Klimaschutz durch Marktwirtschaft ist das Erfolgsrezept. Wir müssen unsere Unternehmen durch weniger Steuern und weniger Bürokratie befähigen, sich wieder stärker auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Zugleich machen wir den Weg frei für moderne, CO<sub>2</sub>-arme Technologien wie Mini-Reaktoren. Das erhöht das Energieangebot und macht Energie so bezahlbarer. Mit

diesen Maßnahmen setzen wir Investitionsanreize und stärken die Innovationskraft der Unternehmen. Ineffiziente Subventionsprogramme werden im EU-Emissionshandelssystem überflüssig.

**5. Wie stellen Sie sicher, dass das fossile Heizen wie EU-rechtlich vorgegeben bis spätestens 2040 ausgelaufen ist? Wie stellen Sie sicher, dass die Bevölkerung finanziell nicht überfordert wird sowie vor teuren und unsicheren Lösungen wie H2 geschützt ist?**

Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität. Mit dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel setzen wir auf ein marktwirtschaftliches Instrument. Fossile Brennstoffe in Heizungen haben dadurch keine endlose Perspektive. Eine warme Wohnung mit klimafreundlicher Heizung muss aber für jeden bezahlbar werden. Deshalb setzen wir auf ausreichend Umstellungszeit und auf Technologieoffenheit statt Verbote: Jeder soll selbst entscheiden, wie er CO<sub>2</sub> einspart. Ein einfacher Schritt auf nationaler Ebene wäre die Zulassung von erneuerbarem Heizöl, das einen wichtigen Beitrag zum Ersatz des fossilen Heizöls leisten könnte. Um die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger abzufedern, führen wir eine Klimadividende ein und bauen Preistreiber für Energie ab.

**6. Soll die „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ für die energetische Gebäudesanierung gegenüber dem jetzigen Stand gesenkt, gehalten oder erhöht werden?**

Die Bundesförderung im Gebäudebereich muss grundsätzlich reformiert werden, um Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu gewährleisten. Der aktuelle Förderdschungel mit seinen überzogenen Anforderungen bremst sowohl Neubau als auch Sanierungen aus. Wir wollen stattdessen zwei leistungsstarke Zinsvergünstigungsprogramme schaffen: eines für Privatpersonen und eines für professionelle Marktteilnehmer. Grundlage der staatlichen Förderung muss dabei sein, wie viel Treibhausgasemissionen eingespart werden – nicht theoretische Kennzahlen. Unnötige und unrealistische Anforderungen wie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude und der Effizienzhausstandard können somit entfallen.

**7. Welche Maßnahmen sind notwendig, um den europaweiten Emissionshandel für Gebäude und Verkehr im Jahr 2027 für Verbraucher\*innen sozial und ökonomisch verkraftbar zu halten?**

Die beste Entlastung für Verbraucher erreichen wir mit der Verwendung von Einnahmen aus allen Emissionshandelssystemen für die Finanzierung einer Pro-Kopf-Klimadividende. Davon profitieren vor allem Haushalte, die bereits einen geringen Energieverbrauch aufweisen bzw. diesen als Reaktion auf die CO<sub>2</sub>-Bepreisung reduzieren. Daneben wollen wir die Erforschung und Entwicklung von Klimaschutztechnologien fördern.

**8. Sollte der europäisch geeinte Beschluss zu den CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten abgeschwächt, mögliche Strafzahlungen ausgesetzt oder das Jahr 2035 für ein weitgehendes Ende der Zulassung neuer Pkw mit Verbrennungsmotoren in Frage gestellt werden?**

Alle Generationen in unserem Land vereint das Bedürfnis nach individueller Mobilität. Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors setzen wir auf erneuerbare Kraftstoffe wie E-Fuels und Biokraftstoffe. Denn nicht die Antriebstechnik, sondern die fossilen Kraftstoffe sind die Herausforderung. Die CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte wollen wir abschaffen, da der EU-ETS II ab 2027 als Anreiz ausreicht. Das schafft mehr Flexibilität für die Industrie. So kann sie auf neue Technologien setzen, die sowohl das Klima schützen als auch Arbeitsplätze sichern. Neben dem Emissionshandel reichen Rahmenbedingungen für den Aufbau von Infrastruktur dabei vollkommen aus.